

V-01 Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche

Gremium: Ortsverband Kreuztal
Beschlussdatum: 21.03.2023
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Der LPR möge beschließen:

2 Die geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche in NRW und auf Bundesebene
3 umgehend und öffentlichkeitswirksam anzugehen. Es sind die negativen
4 Auswirkungen öffentlichkeitswirksam darzustellen, die aufgrund verringerter
5 staatlicher Steuereinnahmen, mittelbar die Steuerzahler*innen betreffen.

6 Ebenso wird der LPR beauftragt die Lösungsansätze von Bündnis '90 die Grünen
7 transparent darzustellen und Hinderungsgründe an deren Umsetzung zu nennen.

Begründung

Begründung:

Nach Schätzungen werden in Deutschland jedes Jahr Gelder in Höhe von 100 Milliarden Euro gewaschen. Hier steht vor allem die Financial Intelligent Unit (FIU) in der Kritik. Mittlerweile wurde durch die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, weil Deutschland den Verpflichtungen zur Bekämpfung der Geldwäsche nicht genügend nachkommt, genauer gesagt die FDP, die bei der Bekämpfung der kriminellen Geldwäsche federführend in der Verantwortung ist.

Hintergrund:

NRW:

Im Wahlprogramm von Bündnis '90 die Grünen zur Landtagswahl wird festgestellt, dass jedes Jahr geschätzte 100 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung dem Gemeinwohl verloren gehen. Das hängt auch mit dem Tatbestand der Geldwäsche zusammen.

Im Koalitionsvertrag ist unter anderem vereinbart, dass geprüft wird welche Initiativen des Landes NRW im

Bundesrat mit Erfolg gestellt werden können. Des Weiteren sind dort weitere wichtige Ziele zur Bekämpfung von Geldwäsche/Steuerhinterziehung festgeschrieben.

Bund:

Im Wahlprogramm von Bündnis '90 die Grünen zur Bundestagswahl wurden wichtige Forderungen zur Bekämpfung der Geldwäsche beschlossen. Dort wurde festgeschrieben, schmutziges Geld einzuziehen und das zukünftig mit einer umfassenden Strategie gegen Geldwäsche vorzugehen ist.

Im Koalitionsvertrag wurde dies Bestätigt indem dort eine abgestimmte Strategie zwischen Bund, Ländern und der EU festgehalten wurde.

Unterstützer*innen

Brigitte Kernitz (KV Rhein-Sieg)